

Einfache Anfrage Bruss-Diepoldsau vom 19. Juni 2020

Marktfahrer und Festveranstalter unterstützen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 13. Oktober 2020

Carmen Bruss-Diepoldsau erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 19. Juni 2020 nach der Situation von Marktfahrern und Festveranstaltern, nachdem der Bundesrat am 19. Juni 2020 die ausserordentliche Lage nach dem eidgenössischen Epidemienengesetz (SR 818.101) aufgehoben und in die besondere Lage umgewandelt hat.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung ist sich bewusst, dass die derzeitige Situation von Marktfahrern und Festveranstaltern schwierig ist und die Absage verschiedener Veranstaltungen diese Branche hart trifft. Die Organisation und Durchführung von Festen und Veranstaltungen bietet nicht nur Arbeitsplätze für Marktfahrer und Festveranstalter, sondern ist auch von grosser Bedeutung für das gesellschaftliche Leben.

Mit der Rückführung von der ausserordentlichen in die besondere Lage hat der Bundesrat die eidgenössische Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (SR 818.101.26; nachfolgend Covid-19-Verordnung besondere Lage) erlassen. Die Zuständigkeit für epidemiologische Massnahmen liegt gemäss der Covid-19-Verordnung besondere Lage im Wesentlichen wieder bei den Kantonen. In diesem Zusammenhang hat die Regierung ein dreistufiges Vorgehen festgelegt, nach dem sie die aktuelle Lage beurteilen und wenn nötig eingreifen kann.¹ Aktuell gilt die Stufe Prävention mit Eigenverantwortung. Werden gewisse Schwellenwerte überschritten, erfolgt die Ausbruchsbekämpfung durch die Gesundheitsbehörden, und in einer dritten Stufe werden weitreichende Eingriffe durch die Regierung möglich. Damit will die Regierung nicht nur flexibel auf Veränderungen reagieren können, sondern auch dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung tragen. Über die Einzelheiten dieses dreistufigen Vorgehens hat die Regierung am 4. Juli 2020 die Öffentlichkeit informiert.²

Zu den einzelnen Fragen:

1. Für die Durchführung von Grossveranstaltungen mit mehr als 1'000 Personen³ ist seit 1. Oktober 2020 eine Bewilligung des Kantons nötig, für deren Erteilung strenge Schutz-

¹ Die Übersicht kann über folgenden Link abgerufen werden: https://www.sg.ch/tools/informationen-coronavirus/medieninformation-coronavirus/_jcr_content/Par/sgch_downloadlist_30/DownloadListPar/sgch_download_581671299.ocFile/SJD-KFS-PA_Corona_II_Beilage%20Matrix%20Verantwortlichkeiten%20und%20Ausl%C3%B6sekriterien_20200703.pdf.

² Siehe Medienmitteilung vom 4. Juli 2020: https://www.sg.ch/tools/informationen-coronavirus/medieninformation-coronavirus/_jcr_content/Par/sgch_downloadlist_30/DownloadListPar/sgch_download_1384505626.ocFile/Medienmitteilung_SG%20Coronavirus_20200704.pdf.

³ Als «Grossveranstaltung» gilt nach bundesrechtlichem Begriffsverständnis ein zeitlich begrenzter, in einem definierten Raum stattfindender öffentlicher oder privater Anlass mit mehr als 1'000 Besucherinnen und Besuchern oder mit mehr als 1'000 mitwirkenden Personen. Dabei findet eine Darbietung vor Zuschauerinnen und Zuschauern statt bzw. die Besucherinnen und Besucher halten sich während längerer Zeit am gleichen Ort auf (wie bei Theatern, Konzerten, Kongressen, Religionsfeiern und Sportwettkämpfen) oder die Teilnehmenden beteiligen sich aktiv (wie bei Breitensportanlässen); vgl. «FAQ neues Coronavirus» des Bundesamtes für Gesundheit vom 2. September 2020, abrufbar unter <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/62719.pdf>.

massnahmen⁴ vorausgesetzt werden. Die Regierung legte fest, dass die Zuständigkeit für diese Grossveranstaltungen im Kanton St.Gallen beim Gesundheitsdepartement liegt.⁵ Nicht unter die bundesrechtliche Definition der Grossveranstaltungen fallen indessen Anlässe, die mit Einkaufseinrichtungen und Märkten vergleichbar sind. Das sind etwa Messen, Gewerbeausstellungen oder Jahrmärkte.⁶ Diese fallen demgemäss auch nicht unter die von der Regierung am 16. September 2020 mit Nachtrag zur Vollzugsverordnung zur Covid-19-Verordnung besondere Lage (sGS 313.2 bzw. nGS 2020-074) geregelte Bewilligungspflicht. Diesbezüglich liegt die Zuständigkeit weiterhin bei den Gemeinden, wobei das Gesundheitsdepartement diesen beratend zur Seite steht. Für die Betreiber dieser Einrichtungen bzw. Aktivitäten besteht jedoch die Pflicht zur Erarbeitung und Umsetzung eines Schutzkonzepts. Aufgrund des erneuten Anstiegs der Zahl der Corona-Neuansteckungen im Kanton St.Gallen erachtet es die Regierung nicht als angezeigt, die Gemeinden aktiv darin zu bestärken, derartige Festivitäten und Anlässe zu bewilligen, zu forcieren oder zu betreiben.

2. Mit Blick auf die besondere Lage ist die Regierung der Ansicht, dass jeweils der Situation entsprechend entschieden und gehandelt werden sollte. Da eine zweite Welle mit entsprechenden Massnahmen dazu führen würde, dass zahlreiche Betriebe im Kanton St.Gallen unmittelbar in ihrer Existenz gefährdet würden, gilt es, eine solche unbedingt zu vermeiden. Wie erwähnt, hat die Regierung ein Raster festgelegt, nach dem sie die Lage beurteilt und wenn nötig eingreifen kann. Sie ist überzeugt, dass mit einem solchen Vorgehen möglichst wenig Existenzen gefährdet werden.
3. Die Strafbestimmungen im Bereich der Epidemien- und der Covid-19-Gesetzgebung sind als Officialdelikte ausgestaltet. Die zuständigen Behörden sind daher von Amtes wegen verpflichtet, solche strafbaren Handlungen von Bürgerinnen und Bürgern wie auch von Veranstaltern zu verfolgen. Bei strafbaren Handlungen kann daher nicht grundsätzlich auf entsprechende Sanktionen verzichtet werden. Weiter müssen Organisatoren von Veranstaltungen aktuell ein Schutzkonzept erarbeiten und umsetzen. Liegt kein ausreichendes Schutzkonzept vor oder wird dieses nicht umgesetzt, sind geeignete Massnahmen wie beispielsweise die Auflösung einer Veranstaltung vorzunehmen (Art. 9 Abs. 2 der Covid-19-Verordnung besondere Lage). Ein grundsätzlicher Verzicht auf Sanktionen kann aus rechtsstaatlichen Gründen nicht gewährt werden, sofern strafbare Handlungen durch die Polizei festgestellt werden. Die Kantonspolizei orientiert sich in ihrer Arbeit jedoch auch stets am Grundsatz der Verhältnismässigkeit (Art 5 Abs. 2 der Bundesverfassung [SR 101]). Insofern sind die Polizistinnen und Polizisten gehalten, stets nach diesem Grundsatz und insbesondere im Bereich der Covid-19-Gesetzgebung bevorzugt präventiv zu handeln. Strafrechtliche Sanktionen sollen als letztes Mittel und Schliessungen und Auflösungen nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden.

Politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen sind hingegen von den besonderen Bestimmungen für Veranstaltungen ausgenommen (Art. 6 Abs. 4 der Covid-19-Verordnung besondere Lage). Es gilt einzig eine Maskenpflicht für alle Teilnehmenden. Die vereinzelt

⁴ Die Bedingungen für die Bewilligung einer Grossveranstaltung sind in der geänderten Covid-19-Verordnung besondere Lage aufgeführt. Im Wesentlichen muss die epidemiologische Lage im Kanton oder in der betroffenen Region die Durchführung der Grossveranstaltung erlauben und der Kanton muss die notwendigen Kapazitäten für die Identifizierung und Benachrichtigung von ansteckungsverdächtigen Personen gewährleisten können. Weiter gilt für den Zuschauerbereich eine Sitzpflicht und es muss ein Schutzkonzept vorliegen, das auf einer Risikoanalyse der entsprechenden Grossveranstaltung beruht.

⁵ Siehe Medienmitteilung vom 21. September 2020: https://www.sg.ch/news/sgch_allgemein/2020/09/umgang-mit-grossveranstaltungen-festgelegt.html.

⁶ Derartige Anlässe, bei denen sich das Publikum geordnet bewegt und sich immer wieder wechselnd zusammensetzt, gelten nicht als «Grossveranstaltungen», für die ab 1. Oktober 2020 besondere bundesrechtliche Regelungen nach der geänderten Covid-19-Verordnung gelten; siehe die in Fussnote 3 erwähnten Erläuterungen «FAQ neues Coronavirus».

stattfindenden Kundgebungen zur «Black Lives Matter»-Bewegung sind somit von Bundesrechts wegen ausdrücklich nicht den Veranstaltungen wie Jahrmärkten gleichgestellt. Die Regierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei einer Änderung der rechtlichen Grundlagen oder der Lage auch die für den Vollzug zuständigen Behörden das Vorgehen entsprechend anpassen müssten.

4. Aus Sicht der Regierung trägt die Bevölkerung eine hohe Eigenverantwortung. Die konsequente Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln, das Maskentragen im öffentlichen Verkehr und im Umgang mit Risikogruppen sowie das Einhalten von Isolation und Quarantäne sind wirkungsvolle Massnahmen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Auch die Unternehmen haben eine Eigenverantwortung. Sie sind verantwortlich für die Ausarbeitung und die strikte Umsetzung von Schutzkonzepten. Auch bei der Einhaltung der Quarantäne-Pflicht bei Mitarbeitenden, die aus Risikoländern zurückkehren, setzt die Regierung auf die Mitarbeit der Unternehmen. Falls die Fallzahlen steigen, ist eine Verschärfung der Schutzmassnahmen bzw. die Rücknahme gewisser Lockerungen möglich, ja unumgänglich.